

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Fot und Scholle“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die schlagpaltene 8 mm hohe (Welt-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkontos Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmegröße für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 20.

Dienstag, den 14. Februar 1928.

21. Jahrgang.

Das ist eben der Jammer, daß man sich nicht von denen trennen muß, die man am meisten liebt.

Poincaré läßt sich huldigen.

Am Sonntag gaben die Bürgermeister des französischen Reichslandes Elsaß-Lothringen in Straßburg einen zweifachen Erfolg mit den Trinksprüchen: einmal sollte die Welt wieder einmal daran erinnert werden, daß Elsaß-Lothringen und Frankreich ein Herz und eine Seele sind, zum andern hielt Poincaré die Zeit für gekommen, der französischen Bevölkerung vor dem Parlamentswahl im April seine Verdienste um die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich ins Gedächtnis zurückzurufen. Die Veranstaltung in Straßburg war also zeitgemäß, allerdings haben 103 Bürgermeister von 662 der Einladung keine Folge geleistet. Der Grund ihres Fernbleibens soll hier nicht erörtert werden, Tatsache ist jedoch, daß es in Elsaß-Lothringen, oder wie es jetzt heißt, im Departement Niederrhein — nicht nur Kreise gibt, die sich durch die Selbstverwaltungsbewegung bloßgestellt glauben, sondern auch Männer, die sich in den Armen der „wiedergefundenen Mutter“ durchaus nicht wohlfühlen. Sie wollen zwar nicht zu Deutschland zurück, aber sie wollen Herr im eigenen Hause sein und sich nicht von Paris am Gängelband führen lassen. Das ist schließlich überhaupt erst der Hintergrund, der die Selbstverwaltungsbewegung möglich macht und ihren eifrigen Anhängern eine besondere Schärfe gibt.

Poincaré hatte nun das Bedürfnis, mit diesen „traurigen Gesellen“ abzurechnen. Er meinte, das Elsaß werde erkaunt sein, welche Infamie enthüllt werde, wenn die vor Monaten verhafteten Autonomiensführer sich vor dem Schwurgericht zu verantworten hätten. Poincaré liebte es, seine Rede mit herzlichen Ausdrücken zu würzen. Er sprach von „doppelzüngigen Individuen“, die die Unvernunft so weit treiben, in Flandern, in der Bretagne, in Korsika und wo sonst noch Bundesgenossen zu suchen, „geheime“ Agenten und Winkeladvokaten, die im Elsaß Blätter aushalten, die vom Ausland gespeist würden, und schmetterte schließlich den Satz in den Saal, daß Frankreich es nicht dulden werde, daß eine „Schwadrone von Abenteurern“ im Elsaß eine neue Verstimmlung Frankreichs vorbereite, oder daß ausländischer Einfluß sich in die Verwaltung der inneren französischen Verwaltung einschleiche! Die Elsaßler seien alle gute Franzosen, auch dann, wenn sie „die Gewohnheit“ hätten, seit ihrer Geburt den Dialekt oder die deutsche Sprache zu sprechen. Zum Schluß glaubte Poincaré die Elsäßer als „Arrianioten“ feiern zu können und landete bei seiner Reichsführung schließlich bei dem altrömischen Geschichtsschreiber Tacitus, der klar und deutlich ausgesprochen habe, daß die alten Deutschen „jenseits des Rheins“ wohnten.

Und der Erfolg der Gesichtsklitterungen Poincarés? Die Bürgermeister zeigten sich begeistert, überreichten ihrem Herrn und Meister eine Huldigungsadresse und schickten dem Präsidenten der Republik ein Telegramm, in dem sie versichern, das Elsaß sei französisch und wolle französisch bleiben. — Aufgeschalt des Festsaales gab es allerdings einen Zwischenfall. Als Poincaré den Zug bestieg und nach Paris zurückfahren wollte, rief der kommunistische Abgeordnete Huber ihm zum Abschied den Gruß zu: „Liebe mit Poincaré!“, worauf die Parteigänger Hubers ein Pfeifkonzert folgen ließen. Nach dem Zwischenfall stürzte sich die Menge darob drohend auf die Demonstranten, so daß die Polizei „Mühe hatte, die Unruhmacher vor der Hand der begeisterten Masse zu schützen“.

In Paris wurde Poincaré bei seiner Rückkehr mit Pantlanen Lobeshymnen begrüßt. Die Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten jedoch nicht in den Jubel mit ein, und die linksstehende Presse äußerte einige Bedenken. Ihre Sorge ist berechtigt. Poincaré in Straßburg von ausländischen Einflüssen gelagt hat, ist tödlich! Bisher ist man in Frankreich jeden Beweis dafür schuldig geblieben, daß der Staat bei der Selbstverwaltungsbewegung ihre Hand im Spiele haben! Man verhehne uns also auch

mit derartigen Beschuldigungen in offiziellen Medien. Im übrigen hat Poincaré auch in Straßburg nicht darauf verzichtet können, die alte Weise vom unschuldigen Frankreich und seinen bösen Nachbarn ertönen zu lassen. Nicht so deutlich zwar wie früher, aber doch so, daß die, die es anhebt, den Wind verstehen. In einer Hinsicht allerdings kann Poincarés Rede nur begrüßt werden. Der jetzige Ministerpräsident und Präsident der Republik bei Ausbruch des Krieges hat noch befunden, daß er stets nur eine Leidenschaft genannt habe, Elsaß-Lothringen mit dem blühenden Frankreich wieder vereinigt zu sehen. Das verdient festgehalten zu werden. Die französische Zeitung „Bolonté“ hat durchaus recht, wenn sie ihrer Meinung dahin Ausdruck gibt, Poincaré habe zwar immer Wert darauf gelegt, forrext zu handeln und keinen Krieg zu erklären, aber letzten Endes sei die deutsche Kriegserklärung doch das befreiende Wort gewesen! Es bleibe also die Frage, ob die von Poincaré befundene Leidenschaft die Bemühungen, die Schrecken des Krieges zu verhindern, nicht behindert oder gar unwirksam gemacht habe.

Und erklärt nicht gerade dieser Umstand alle Aeußerungen Poincarés zum Kriegsausbruch? Poincaré kommt von der Kriegsschuldfrage nicht los, weil er innerlich selbst noch nicht von dem friedlichen Charakter seiner Vorkriegspolitik überzeugt ist! Er selbst glaubt noch an die Möglichkeit einer Rechtfertigung, aber die bisher bekannt gewordenen Dokumente beweisen, daß sie nicht möglich ist.



Ministerialdirektor Walltoth,

der Vertreter Deutschlands bei den gegenwärtig in Berlin stattfindenden deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

Drohende Aussperrung.

Bedeutende Beschlüsse des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. — Durchführung für den 22. Februar angehängt.

Die deutsche Wirtschaft steht vor einem neuen Lohnkampf allergrößten Ausmaßes. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat den Beschluß gefaßt, zur Unterstützung der seit vier Wochen vom Arbeitskampf betroffenen mitteldeutschen Metallindustrie, sämtliche Arbeiter der ihm angeschlossenen Betriebe nach Beendigung der Arbeit am Mittwoch, den 22. Februar, auszusperren. Die Kampfmaßnahme gilt für alle Eisen- und Metall verarbeitende Betriebe, sowie für sämtliche Maschinen- und Werkzeugfabriken, sowie für die großen elektrotechnischen Werke der A. G. S., des Siemens-Konzerns, der Knorrbrems, v. Borjig, v. Schwartkopff, Loewe u. a. In Berlin werden etwa 200 000 Arbeiter von dem Aussperrungsbeschluß betroffen, in Deutschland insgesamt rund 800 000.

Zur Begründung ihres Vorgehens hatten die Metallindustriellen die Vertreter der Presse am Montag

nach Berlin geladen. Der Vorsitzende des Verbandes der mitteldeutschen Metallindustriellen,

Generaldirektor Gillmann

von den Krupp-Gruson-Werken in Magdeburg erklärte, die gesamte deutsche Metallindustrie sei der Meinung, daß der gegenwärtig noch betriebende Beschäftigungsgrad durch Preiserhöhungen nur verschlechtert und insbesondere auch die mühsam wiedererrungene Stellung auf dem Weltmarkt gefährdet werde. Sie habe deshalb den von den mitteldeutschen Metallindustriellen geführten Abwehrkampf gegen Lohn erhöhungen seiner grundsätzlichen Bedeutung wegen zu ihrem eigenen gemacht. Der Kampf in Mitteleuropa drehe sich vor allem um die von den Gewerkschaften geforderte Lohnhöhung von 15 Pfg. Die Arbeitgeber seien bereit gewesen, den Schiedspruch des Magdeburger Schlichters, der eine Lohnhöhung von 75 auf 78 Pfg. vorschlug, anzunehmen, doch hätten die Gewerkschaften den Schiedspruch abgelehnt. Generaldirektor Gillmann behauptete dann, die Arbeiter seien, ohne die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft zu haben, in den Streik getreten. Zur Begründung der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber vermittelte Generaldirektor Gillmann auf die

Karlsruhe Rentabilität der Metallindustrie. Bei 110 Maschinenfabriken z. B. sei der Reingewinn von 12 Proz. vor dem Kriege auf 1,4 Proz. im Jahre 1925-26 zurückgegangen. Etwa drei Viertel aller Maschinenfabriken zahle keine Dividende mehr, und viele weltbekannte Werke arbeiten seit Jahren mit großem Verlust.

Das Echo der Aussperrungsaktion.

Grundsätzliche Klärung der Lohnpolitik? — Die Haltung des Reichsarbeitsministeriums. — Ein neues Schlichtungsverfahren?

Der Aussperrungsbeschluß der gesamte deutsche Metallindustrie hat in der Öffentlichkeit einen starken Eindruck gemacht. Handelt es sich doch um eine grundsätzliche Entscheidung, von deren Ausfall auch das Schicksal der ablaufenden 2600 Tarifverträge beeinflusst werden wird. Wie verlautet, will das Reichsarbeitsministerium zunächst eine abwartende Haltung einnehmen. Hinter den Kulissen dürften jedoch die letzten Tage, die uns von dem entscheidenden Termin trennen, zu energischen Maßnahmen benutzt werden. Diese müssen dahin gehen, eine Einigung zwischen den streikenden Parteien herbeizuführen, da im anderen Falle eine schwere und nachhaltige Schädigung der gesamten deutschen Wirtschaft nicht vermieden werden kann.

Die Schultagung der Volkspartei.

Die Politik der Reichstagsfraktion vom Reichsschulaustrich einstimmig gebilligt.

In Anwesenheit von etwa 400 Delegierten hielt der Reichsschulaustrich der Deutschen Volkspartei am Sonntag im Gebäude des preussischen Landtags seine 6. Tagung ab. Reichstagsabgeordneter Dr. Kunkel, Reichsminister a. D. Dr. Scholz und Abg. Dr. v. Campe ergriffen längere Referate über die schulpolitische Lage und erklärten, die Volkspartei könne keine weiteren Konzessionen mehr machen. Es sei Sache der anderen Parteien, mit Zugeständnissen an die Deutsche Volkspartei heranzutreten. Bedauerlicherweise hätten sich die Vertreter der deutschen nationalen Fraktion immer auf die Seite des Zentrums gestellt. Im Interesse der noch zu lösenden Aufgaben müsse die Koalition auch

nach einem Scheitern des Schulgesetzes noch zusammenbleiben. Das Schulgesetz müsse von großer kulturellen Gesichtspunkten getragen werden, wenn es zum Kompromißobjekt werde, sei es schon zum Tode verurteilt. Es sei ungerührt, die Volkspartei für das Scheitern des Gesetzes verantwortlich zu machen, denn wenn das Schulgesetz in seiner jetzigen Fassung zur Abstimmung käme, würden alle Regierungsteile mit „Nein“ stimmen. Dr. v. Campe erklärte dann noch, wenn das Zentrum tatsächlich glaube, die Lage sei so, daß Minister zurückgezogen werden müßten, dann hätte ja das Zentrum seine Minister zurückziehen können.

Zum Schluß wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Der Reichsschulaustrich billigt die Haltung der Reichstagsfraktion. Er erkennt an, daß sie nach Kräften bemüht

weisen ist, ein den christlichen, nationalen und liberalen Schul- und Kulturforderungen entsprechendes Schulgesetz zu bringen. Er spricht ihr und insbesondere ihren Vertretern im Bildungsausschuss den Dank für ihre Tätigkeit aus und erwartet, daß sie in ihrer weiteren Mitarbeit wie bisher für die großen Schul- und Kulturideale der Deutschen Volkspartei eintreten wird."

Dramatisches im Kranz-Prozess.

Ist die Hauptzeugin glaubwürdig? Das schwere und sehr umfangreiche Kreuzverhör, dem im Berliner Schöenherd-Prozess die 16-jährige Hilde Scheller unterzogen worden ist, konnte fast den Eindruck erwecken, als ob nicht der Primaner Kranz, sondern in erster Linie die Zeugin Scheller die Angeklagte sei. Man erkennt aus den zahlreichen Fragen, die die Verteidigung des Kranz fortgesetzt an diese Hauptzeugin gestellt hat, daß es ihr in erster Linie darum zu tun ist, Material für die Unglaubwürdigkeit Hilde Schellers zu sammeln. Daneben will die Verteidigung den Beweis führen, daß Hilde Scheller ein nicht dem Vater verfallenes Weib sei, dazu ein Weib ohne Gefühl für Verantwortung, ein Weib von aufläuterndem Gemütsart. Der schreckliche Tod des Bruders und des Freundes sei auf sie ohne wesentlichen Eindruck geblieben, und um sich nun in besserem Lichte zu zeigen, versuche sie jetzt, die ganze Schuld auf den Angeklagten abzuwälzen. Der beständige Streit, der über die Glaubwürdigkeit der Zeugin zwischen Verteidiger und Ankläger entbrannt ist, wird wohl noch schärfer nach Schluß der Beweisaufnahme in Erscheinung treten.

Verteidiger gegen Staatsanwalt.

„Herr Staatsanwalt, Sie kennen die Straßprozeßordnung nicht!“ Am weiteren kam die Verhandlung nur sehr schleppend vorwärts. Dem Verteidiger wurde eine neue Zeugnisse dem Gericht unterbreitet, die nicht weniger als 38 Namen umfaßt. Schon bald nach Beginn der Sitzung kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Staatsanwalt und Verteidigung, als der Staatsanwalt beantragte, als Sachverständigen den Nervenarzt und Spezialisten auf dem Gebiete der Sernatforschung Dr. Piazet als Zeugen darüber zu vernehmen, daß Hilde Scheller durchaus als glaubwürdig zu betrachten sei. Als bald nach diesem Zusammenstoß erschien im Gerichtssaal der preussische Justizminister, um der Verhandlung beizuwohnen.

Was Ellinor Ratti bekundet.

Als dann folgte die Vernehmung von Ellinor Ratti, der Freundin Hilde Schellers. Sie bekundete, daß sie an dem fraglichen Montag spät abends von Hilde, in deren Begleitung sich Hans Stephan befand, abgeholt wurde. Man begab sich zusammen nach der Schellerischen Wohnung. Als ich sagte, daß wir hinaufgehen wollten, erklärte die Zeugin, „ärgerte Hilde und erzählte mir, daß Günther oben sei, und ich mußte doch, daß Hans und Günther sich nicht gut miteinander fänden. Ich weiß nicht, ob Günther uns aufgemacht hat oder Paul. Hans schlich sich jedenfalls heimlich ein. Hilde und ich gingen zu Günther und Paul ins Speisezimmer. Darauf ging Günther weg und ließ die Zimmertür offen. Inzwischen war Hilde zu Hans Stephan in die Kammer gegangen.“

Schwächeanfall des Angeklagten. — Ellinor Ratti erleidet einen Nerven Zusammenbruch.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung erlitt der Angeklagte einen Schwächeanfall, so daß ihm eine Tasse starken Kaffees herbeigebracht werden mußte. Als bald darauf die Sitzung abgebrochen wurde, erlitt Ellinor Ratti einen Nerven Zusammenbruch. Mit den Worten: „Ach, Mutter, es war schrecklich.“ stürzte sie schluchzend und weinend in die Arme ihrer Mutter und wurde von dieser auf eine Bank geführt, gestreichelt und beruhigt.

Die Efelreiterin.

43) Roman von Harry Schell. Deutscher Provinz-Verlag, Berlin W. 66. 1925. „Sie haben mich geehrt, Georg Sebald, wir wollen unsere Freundschaft neu bewahren.“ Die Hände der Männer fanden sich. Da blitzte in Georgs Augen ein beängstigender Gedanke auf. Eine Witte, bevor wir gehen, Mylord. Ich habe mich aber das furchtbare Ende ihrer Mutter niemals aufgelockert. Ich wollte ihr nicht Schmerz bereiten. Vorgefesselt stand sie vor meinem Bilde und Tränen füllten ihre Augen, und sie ahnte doch nicht, daß sie das Schicksal ihrer Mutter und ihr eigenes beweinete, sie hält sich für meine Nichte, glaubt, sie sei von ihrem Ehemann nach Amerika mitgenommen worden und die Jüngeren wären drüben gestorben. Mir war es auch unangenehm, sie glauben zu lassen, daß es nur meine Pflicht gewesen sei, mich ihrer anzunehmen. Ich bitte Sie herzlich, Mylord, halten auch Sie das fromme Märchen aufrecht.“ „Es wird geschehen.“ Das Mädchen zeigte sich wieder an der Tür. „Die Damen lassen bitten.“ Und die Männer gingen. — Lord Percy Balmour in seinem erbittert Ermordung, das Mädel aus den Rocky Mountains wiederzufinden.

XIII. Seit dieser Stunde, in welcher Percy das Kind der Toten wiedergesehen, waren vierzehn Tage vergangen. Der Wirt des „Europäischen Hofes“ war mit der ganz unerwarteten Wendung zufrieden. Denn sein vornehmer Gast, der bei seiner Ankunft von einem Aufenhalt von drei bis vier Tagen gesprochen, hatte seine Gemächer auf unbestimmte Zeit mit Bescheid belegt, und er fühlte sich offenbar in der kleinen Residenz so wohl, daß von seiner Abreise überhaupt nicht die Rede war. „Der Teufel mag wissen, was Mylord in diesem Netz so zupackt, daß er sich förmlich hineinverliefen hat“, brummte Mister Tittleton, der Chauffeur, „wo wir bisher aemelten sind, da hieß es nach kurzer Zeit,

Ellinor Rattis Vernehmung wird zu Ende geführt.

Der Angeklagte, Primaner Kranz, hatte sich bald wieder erholt, so daß er auf einer Bahre liegend den Verhandlungen folgen konnte. Der Vorsitzende erklärte der Zeugin, daß der von ihr geschilderte Vorgang in der Fadesunde weder von Hilde Scheller noch von Kranz gebracht wird und fragte, ob sie eine Erklärung dafür habe, daß Hilde davon nichts mehr wisse. Zeugin: „Dann muß sie das vergessen haben, sie fand bestimmt an der Badenwanne, als die Schüsse fielen.“ Die beiden Mädchen wurden sich dann gegenübergestellt, und jedes blieb bei seiner Aussage. Der Verteidiger des Kranz richtete anschließend die Frage an den Anklagevertreter, ob er nicht angesichts der beiden entgegengesetzten Aussagen die Anklage fallen lassen wolle. Der erste Staatsanwalt lehnte jedoch ab. Weitere Zeugen sollten über die Charaktere des Kranz und der beiden Mädchen Aufklärung bringen. Die nächste Sitzung findet erst am Dienstag statt.

Lagebericht der Landwirtschaft.

Stille am Grundstücksmarkt. — Niedgang der Schweinezucht. — Schlechte Preislage. — Subjanzeingriffe. — Zunehmende Abwanderung. Nach den amtlichen Berichten der Landwirtschaftskammern über die gegenwärtigen Verhältnisse haben die hohen Steuerlasten im Januar sich immer drückender bemerkbar gemacht und zahlreiche Eingriffe in das Vermögen ausgelöst. Kredite sind fast gar nicht mehr zu erhalten. Der Grundstücksverkehr ist nicht nennenswert, es fehlt an zahlungsfähigen Käufern und Pächtern. Der Stand der Saaten, Wiesen und Weiden ist im großen und ganzen zufriedenstellend. Die Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist weiter ungunstig und steht in keinem richtigen Verhältnis zu der der Bedarfsgegenstände und der Futtermittel, die erneut anstiegen. Die Schweinehaltung geht infolge ihrer Unrentabilität weiter zurück, die Bedeutung rationaler Geselligszucht wird immer mehr erkannt. Der Absatz von deutschem Obst gestaltet sich infolge erheblicher Einfuhr ausländischer Erzeugnisse störend. Der Mangel an einheimischen Landarbeitern macht sich immer heftiger bemerkbar. Die zunehmende Neigung zur Abwanderung wird auf die neuen Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung zurückgeführt. Müssen diese bestehen dadurch, daß viele Betriebe durch Hoffen und Kreditwierigkeiten in Verbindung mit der schlechten Preislage in eine gefährliche Lage geraten sind, die zu Hilfsmassnahmen zwingt.

Noch keine Entscheidung.

Die Beratungen des interfraktionellen Ausschusses über das Schulgesetz. Der interfraktionelle Ausschuß des Reichstags hielt am Montag eine zweistündige, dem Reichsschulgesetz gewidmete Sitzung ab, nach deren Beendigung folgende Mitteilung herausgegeben wurde: „Die heutigen interfraktionellen Besprechungen über die mit dem Reichsschulgesetz zusammenhängenden Fragen begannen um 4 Uhr und dauerten bis kurz vor 6 Uhr. Von der Reichsregierung nahmen daran teil: Reichsminister Hergt, Reichsminister Dr. v. Kundt und Staatssekretär Dr. Fünker. Die Besprechungen erstreckten sich auf den gesamten Umfang der strittigen Fragen und konnten daher noch nicht zu Ende geführt werden. Sie werden am Dienstag um 10 Uhr fortgesetzt.“

Politische Rundschau.

— Berlin, den 14. Februar. Der Erzbischof von Polen-Großpolen und Erzbischof von Breslau, Kardinal Hlond, traf am Montag, den 14. Februar, in Berlin ein. — Zentrums-Intervallation zum Kranzverhör. Der Reichstag ist heute in der 11. Sitzung (Zr.) eingegangen, in der um 11 Uhr Mittagspause eine von dem Reichspräsidenten ernannte Kommission über die Verhältnisse der Presse über Prozesse mit einem unglücklichem Leben berückendsten Inhalt zu berichten, die zur Zeit in einem Teil der deutschen Presse den Prozess Kranz erleben.“

Rundschau im Auslande.

— Brind unterzeichnete mit dem italienischen Reich eine französisch-italienische Konvention. Die englische Kolonialminister Streny ist im Juli unternommenen Reise durch das britische Reich London zurückgekehrt. Die Panamerikanische Konferenz in Havanna bis zum 30. Februar vertagt.

Der polnisch-litauische Notenwechsel geht.

Polen und Litauen setzen ihren Notenwechsel den Beginn der Einigungsverhandlungen, die im Januar eröffnet werden sollten, fort. Polen hat eine neue Note überreicht und erklärt, dass die den Völkerbundbeschluss fast aus. Der Völkerbund beschließt, Polen und Litauen gefordert. Wenn Litauen weiter fräube, müsse Warschau darin eine erneute für den Erfolg des Befriedigungsversuches sehen, das „so glücklich“ eingeleitet worden sei.

Der englische Finanzminister Churchill.

Der englische Schatzsekretär Churchill mußte der vergangenen Nacht einer Operation unterzogen, die befriedigenden Verlauf nahm.

Schlusssdienst.

General von Strang 75 Jahre alt.

— Berlin, 14. Februar. Hier feierte der 75-jährige Weltkriegs bekante General der Infanterie v. Strang seinen 75. Geburtstag. 1870 ins Leibregiment Frankreich mit, erwarb sich das Eisenerz rühte dann nach längerer Tätigkeit im Großen Generalstab 1911 zum Kommandierenden General 5. Armeekorps in Polen auf, mit dem er 1914 im Krieg zog. Im September 1914 wurde er zum Führer einer Armeekorps-Abteilung ernannt, die den Namen trug, der mit den Kämpfen zwischen Ost und West und dem Vingen im Prieferwald verbunden ist.

Tisalek reist am Mittwoch nach San Mar.

— Paris, 14. Februar. Der rumänische Minister des Auswärtigen, Tisalek, wird, wie „Le Petit Journal“ berichtet, sich am Mittwoch nach San Mar gehen.

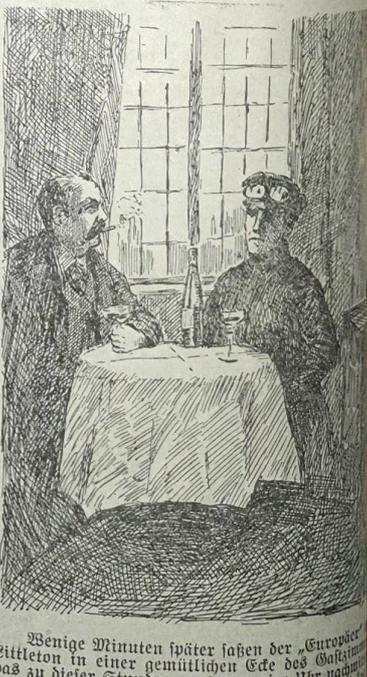
Eishockeyspiel Tschechoslowakei-Polen 3:2.

— St. Moritz, 14. Februar. Das Eishockey zwischen der Tschechoslowakei und Polen endete einem knappen 3:2-Siege der Tschechen. Das tschech-französische Treffen mußte wegen der ungunstigen Witterungsverhältnisse auf einen späteren Termin verschoben werden.

Erster Zustand Lord Lyford.

— London, 14. Februar. Bei Lord Lyford bereits seit einigen Tagen krank ist, hat sich ein ter Nadenatarrh mit Anzeichen einer Bronchitis wickelt. Sein Zustand ist außerordentlich ernst.

oft sogar nach Stunden: Koffer packen, weiter. Und jetzt haben wir uns hier richtig festgefahren.“ „Ich denke, Sie können sich darüber nicht beklagen, Herr Bob“, sagte der Herr des „Europäischen Hofes“, „oder sollten Sie mit der Aufnahme in meinem Saale nicht zufrieden sein? Ich denke doch, es wird hier stark auf Sie gehen, und sollten Sie noch Wünsche haben.“ „Ganz und gar nicht, Sir, ich könnte nicht behaupten, daß es mir jemals im Leben besser gegangen wäre. Ihr Koch versteht sogar ein Beefsteak zu braten wie ein echter Engländer. Aber wissen Sie nicht, Sir, daß es einem Chauffeur oder einem Kammerdiener immer nur so lange gut geht, wie er mir so in unserem Auto zusammen über die Landstraße gependelt sind.“ „Gegondelt?“ stieß der „Europäer“, über diesen Ausdruck erkannte, hervor — „Mensch, Englishman — wo haben Sie das Wort aufgefischt?“ Bob Tittleton lachte über das ganze spitzbüßisch verzogene Gesicht. „Na, Ihnen gegenüber, verehrter Herr Europäer, kann ich ja ruhig Farbe bekennen. Haben Sie mich denn wirklich für einen wackelhaften Engländer gehalten? Freilich, was man so an mir sieht. Der Anstrich der Fremde — das täuscht natürlich. Aber ich bin mit Speerewasser getauft, lieber Mann. Am Gesundbrunnen stand meine Wiege — kennen Sie doch — Gesundbrunnen in Berlin?“ „Und 'ne nette Gegend. Aber da können Sie doch nicht groß geworden sein, denn Ihre Sprache — Ihre Manieren.“ „Stimmt — wie ich so 'ne Range von acht, neun Jahren war, da verpfanzte mich das Schicksal ziemlich plötzlich nach London.“ „Das müssen Sie mir erzählen, Tittleton. Aber nicht hier vor dem Portal in der Sonne, die es heute wieder einmal vernünftig gut meint. Kommen Sie mal mit mir ins Kühle, lieber Landsmann, wir wollen uns mal ein paar Flaschen Weißbrot zu Gemüte führen.“ „Machen wir!“



Wenige Minuten später saßen der „Europäer“ Tittleton in einer gemütlichen Ecke des „Europäischen Hofes“ und rauchten — es war vier Uhr nachmittags — ganz frei von Göttern war. (Kortikums)

Das Notprogramm der Landwirtschaft.

Zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft stellt nach eingehender Beratung die Reichervereinigung des Reichs-Landbundes anlässlich des 8. Reichs-Landbundeskongresses zu Berlin folgende programmatische Forderungen auf:

1. **Zoll- und handelspolitische Forderungen.**
2. **Kein neuer Handelsvertrag** mit weiterer Freigabe des landwirtschaftlichen Schutzes.
3. **Keine autonome Verabreichung** jetzt in Kraft befindlicher landwirtschaftlicher Zölle.
4. **Kein neuer Handelsvertrag** mit allgemeiner Meißbegünstigung.
5. **Verbot der Einfuhr** und Befreiung aller zollfreien oder sonst begünstigten Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte, die im Inlande hergestellt werden. Ein polnisches Schweinekontingent ist abzulehnen.
6. **Ausdehnung des Einfuhrschutzes** auf Schmalz, Fleisch, auf Schweinefleisch.
7. **Schweres Widerinteressen** des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes. **Verbot der Einfuhr** von lebendem Vieh.
8. **Kündigung aller** jetzt mit einer Schädigung des Schutzes der Landwirtschaft ertauften Handelsverträge zum frühestmöglichen Termin.
9. **Umgestaltung des Zolltarifs** mit dem Ziele, daß die autonomen Zölle für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die im Inlande hergestellt werden können, eine wirksame Barriere in Handelsvertragsverhandlungen sind, und mit einer Sicherung dafür, daß in Handelsvertragsverhandlungen diese landwirtschaftlichen Zölle nicht unter das Maß heruntersetzt werden, welches jeweils für die Erzeugung der heimischen Agrarproduktion und damit für die nationalpolitisch so bedeutsame Entlastung der Handelsbilanz, die im wesentlichen nur durch Abschichtung agrarischer Importe erfolgen kann, notwendig ist.

Finanzpolitische Maßnahmen.

1. **Abdrosselung der Auslandskredite** auf das für die landwirtschaftliche und industrielle Produktion notwendige Maß. Keine Auslandskredite für Zwecke, die mit der heutigen Notlage des deutschen Volkes unvereinbar sind. Die Auslandskredite sind eine der härtesten Ursachen der Passivität der Handelsbilanz. In überhöhtem Maße in Anspruch genommen, haben sie im Inlande Preissteigerungen mit allen unvorstellbaren und unabsehbaren Folgen, wie Lohnkämpfen usw. hervorgerufen. Sie führen damit die Währungsfrage, so daß die Entscheidung über ihre Zulassung in die Hand des für die deutsche Währung verantwortlichen Reichsbankpräsidenten gelegt werden muß.
2. **Sun endlich beschleunigte Einleitung** von Kreditmaßnahmen zur **Amfängerung und Entlastung** der landwirtschaftlichen und landwirtschaftsbedingten Betriebe aller Verhältnisse unter Berücksichtigung der bei Groß- und Kleinbetrieb, Selbstwirtschaftlern, Wärlern und Siedlern beschiedenen Sanierungsmöglichkeiten. **Keine Einschränkung** des jetzigen Personalkreditvolumens über das Maß der Umschuldung hinaus.
3. **Kein Mißbrauch der Kreditmittel** und der Kreditorganisationen seitens einzelner Landesregierungen für politische Ziele. Keine Gefährdung der Freiheit und des Eigentums der Landwirtschaft durch politisch mißbrauchte Kreditmittel.
4. **Unterstützung aller Selbsthilfsmöglichkeiten** der Landwirtschaft, insbesondere Förderung der Meliorationen, des Ausbaues des Wasser- und Kanalsystems, des Ausbaues des Viehwirtschafts und der Viehzucht, des Ausbaues des Viehwirtschafts und aller Maßnahmen zur Propaganda deutscher Erzeugnisse, wie der Propaganda gegen ausländische Konkurrenzwaren, Aufrechterhaltung und Förderung der landwirtschaftlichen Brennereien sowie aller landwirtschaftlichen Nebenbetriebe. **Berücksichtigung** der Mittel und Aufgaben der Getreidehandelsgesellschaften.
5. **Entlastung des platten Landes** von allen Schulden, die Sache der Allgemeinheit sind und daher nur vom Staate

zu tragen sind, sowie ferner von allen Ausgaben, die in den ländlichen Bezirken von der Landwirtschaft getragen, aber von den Kraftanlagen getragen werden.

6. **Bessere Berücksichtigung** des Landes bei der Verteilung der Reichssteuererhebungen.
7. **Weitere Hilfe** den durch **Unwetter** geschädigten Landesteilen, besonders auch den vor allem schwer leidenden Pflanzern.
8. **Verpflichtung** für fruchtunfähige betagene Gebiete.

Zur Steuerpolitik im Gebiete.

1. **Verteilung der Rentenbonifundumsbeträge** als einer bei der heutigen Notlage der Landwirtschaft nicht mehr berechtigten Sonderleistung.
2. **Befreiung der landlichen Grundbesitzer** von der Realsteuerziehung aller leistungslosen Kreise.
3. **Entlastung der kommunalen Grundsteuern** auf ein Mindestmaß durch scharfe Handhabung des Ausschuttes, durch weitgehende Kontrollmaßnahmen und Verbot des Reiches gegen Überbelastung der Realsteuern mit dem Ziele der Herabsetzung vermeintlicher Realsteuern und Begleichheit der Realsteuerbelastung in allen Ländern und Gemeinden in Verbindung mit

möglichster Verteilung ohne grundsätzliche Beschneidung der steuerlichen Belastung innerhalb der Landwirtschaft und zwischen der Landwirtschaft und anderen Realsteuerpflichtigen.

4. **Eine Gebäude-Einkaufsteuer** wie auch die **Grundsteuer** oder **Grundsteuer** für die Landwirtschaft lehnen wir als völlig unangerechnet ab.
5. **Keine Erhöhung der Vermögenssteuer** für die Landwirtschaft. Niemals darf eine Vermögenssteuer auf eine bestimmte Mindestsumme festgelegt und hierdurch zu einer Reparationssteuer gemacht werden.
6. **Wiedereinführung eines mehrjährigen Durchschnittes** bei der Einkommensteuer, gleiche Behandlung der Landwirtschaft beim Erbschaftsteuern, wie dies bei den übrigen Bevölkerungsteilen der Fall ist. Befreiung des Systems der Zuschläge für ersparte fremde Arbeitskräfte. Der nichtbüchrischen Landwirtschaft darf nicht höher zur Einkommensteuer herangezogen werden, als es der Besteuerung der büchrischen Landwirtschaft seines Bezirkes entspricht.
7. **Fort mit der periodischen Grundbesitzersteuer.**
8. **Anpassung aller Steuerfäge an die Leistungsfähigkeit** der Landwirtschaft.
9. **Günstige Behandlung** gestundeter und rückständiger Steuern, die nicht aus dem Ertrage gesahlt werden können, sind zu erlassen.
10. **Vereinfachung des Steuerwesens** in Reich, Ländern und Gemeinden mit dem Ziele der Befreiung der Vorauszahlungen.

Wollen Reich, Länder und Gemeinden von der Landwirtschaft Steuern haben, so müssen sie zunächst ihrerseits für die Vorauszahlung der Leistungsfähigkeit sorgen.

Sozialpolitik.

1. **Nationalisierung der Sozialversicherung** zwecks Befreiung aller unnötigen Ausgaben und Erhaltung leistungsfähiger, mit geringsten Verwaltungskosten arbeitender Versicherungsträger. **Stärkung** und **Ausbau** eines zwar sozialen, aber von allen parteipolitischen Interessen freien Arbeitsrechts. Hierbei sind in der Sozialversicherung keine Sonderregelungen und Sondererleichterungen für die Landwirtschaft zu treffen und zu erhalten, welche in Anspornung an die landlichen Verhältnisse den landlichen Arbeitnehmern gleichwertigen Schutz und Einfluß sichern.
2. **Systematischer Abbau der Wohnungszwangswirtschaft**, insbesondere bei landwirtschaftlichen Werkwohnungen unter gleichzeitiger, von birotationalen Fesseln befreiter, tatkräftiger Förderung des landlichen Wohnungsbaues.
3. **Gerechter Ausgleich der Bodenhilfe- und Fürsorgekosten** zwischen Stadt und Land.

Zur Arbeiternot:

a) Das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz hat die Arbeitslosigkeit auf dem Lande im großen Maße verschärfert. Die Arbeitslosigkeit ist in den ländlichen Bezirken in einem Maße vorhanden, während gleichzeitig der Land- und Industrie-Arbeitsmarkt für die nötigen Arbeitsträger selbst für die Wintermonate in den meisten Fällen nicht genügend geeignete Saisonarbeiter zur Verfügung stellen können.

b) Die Entlastung des Vorjahres hat erneut die Notlage der Landwirtschaft auf dem einheimischen Arbeitsmarkt nicht genügend geeignete Saisonarbeiter zur Verfügung stellen können.

c) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter. Jeder landwirtschaftliche Betrieb muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

d) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

e) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

f) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

g) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

h) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

i) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

j) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

k) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

l) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

m) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

n) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

o) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

p) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

q) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

r) Die Arbeiterfrage auf dem Lande ist zugleich eine Frage der nationalpolitischen Lage. Die Landwirtschaft muß das Recht erhalten, diejenige Zahl von Saisonarbeitern einzustellen, welche die den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Bedürfnisse der Landwirtschaft allein treffenden Ausnahmebestimmungen über die Kontingenterstellung ausländischer Saisonarbeiter.

Bauern

erscheint in Massen

zum

Landbundtag in Kassel

am 16. Februar.

STADTHALLE

Appel,

Vorsitzender der Bezirksbauernschaft.

Sofort provisorisch tücht. Vertreter

(nach Einreichen der Aufträge) erb.

zum Besuch der Verbraucherschulung, in la. Zeilen, Lehn, Deilen, Betten usw. von Fabrik, Wäscherei, Angewandte an Wollschleifsch 118 Mühlhausen i. Thür.

Gemischer Chor

„Liebertränchen“

Donnerstag abd. 1/2 9 Uhr

Gesangsfunde

Damen 1/2 9 Uhr, Herren 9 Uhr

Der Vorstand.

Warne jeden

meinen Namen in ungünstiger Beziehung weiterzugeben, da diesbezüglich Personenerwechselung vorliegt. Gerichtliche Klärung folgt.

H. Müller, Lehrer.

VERZICHTEN

auf Insertion heißt im geschäftlichen Leben auf Erfolg

VERZICHTEN

Sie kennt den Nutzen, darum nimmt sie Henko!



Als kluge und wirtschaftlich denkende Hausfrau interessiert es Sie doch sicher, zu wissen, wie auch Sie diesen Nutzen erzielen können. Am Abend vor dem Wäsche tag weicht man die Wäsche in kalter Henkolösung ein. Über Nacht lockert Henko dann behutsam allen Schmutz.

Henko, Henkels bewährtes Einweichmittel, macht das lästige Vorwischen der Wäsche überflüssig. Darin liegt ein außerordentlicher Vorteil, den Henko bietet.

Henko braucht, wäscht billig!

Einziehung von Forderungen

auch von bereits ausgeklagten die Abfassung von

Verträgen, Testamenten

und Erledigung von

Erbangelegenheiten

übernimmt

W. Friedrich Pasche

Rechts-Revisions- u. Treuhänder

Spangenberg.

Zementkalk, Portlandzement

hochwertigen Zement

Baustoffe jeder Art

ab Lager oder frei Bau liefert

Otto Fenner

Hustenbonbon

empfiehlt

Richard Mohr.

Schutz der Salweide.

Auf die Reg. Pol. Verordnung v. 10. 5. 1924, 30. 5. 1926 (Amtsblatt S. 126 und 134), betr. der Salweide und der Einfuhr von Salweide, wird hingewiesen. Es ist verboten, die Salweide zu entfernen oder zu beschädigen. Insbesondere ist auch das Abschneiden von Blüten (Kätzchen), Zweigen oder Wurzeln verboten. Übertretungen werden mit Geldstrafe bis zu 150,- M. bestraft. Die Polizeibeamten haben Anweisung, Zuwahlungen zur Anzeige zu bringen.

Spangenberg, den 10. Februar 1928

Die Polizeiverwaltung, Spangenberg.